

Peter Strunk
Zensur und Zensoren

edition
bildung und
wissenschaft

band 2

herausgegeben von
Manfred Heinemann

In Verbindung mit dem
Zentrum für Zeitgeschichte von Bildung und Wissenschaft
der Universität Hannover

edition
bildung und
wissenschaft

Peter Strunk

Zensur und Zensoren

Medienkontrolle und Propagandapolitik
unter sowjetischer Besatzungsherrschaft
in Deutschland



Akademie Verlag

Der Autor dankt Manfred Heinemann und Lutz Wittenberg für die Hilfe bei der Herstellung dieses Bandes.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Strunk, Peter:

Zensur und Zensoren : Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland. / Peter Strunk. – 1. Aufl. – Berlin : Akad. Verl., 1996

(Edition Bildung und Wissenschaft ; 2)

ISBN 3-05-002850-5

NE: GT

1. Auflage 1996

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1996

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH-Verlagsgruppe.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Das eingesetzte Papier entspricht der amerikanischen Norm ANSI Z.39.48 – 1984 bzw. der europäischen Norm ISO TC 46.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

All rights reserved (including those of translation into other languages). No part of this book may be reproduced in any form – by photoprinting, microfilm, or any other means – nor transmitted or translated into a machine language without written permission from the publishers.

Satz: Universität Hannover, Forschungsstelle EDV

Druckvorbereitung: Druckreif + Medientechnik GmbH, Langenhagen

Druck: Hahn-Druckerei GmbH & Co, Hannover

Bindung: Verlagsbuchbinderei Mikolai GmbH, Berlin

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
1 Frontpropaganda und Kadenschulung	13
2 Der Apparat	19
2.1 Befehls- und Hierarchiestrukturen der SMAD	19
2.2 Der politische Kontrollapparat	21
Der Politische Berater	21
Der Militärerrat	23
Die Propagandaverwaltung	26
2.3 Die SMAD als Spiegelbild innersowjetischer Machtverhältnisse	32
3 Die „Tägliche Rundschau“	36
3.1 Die Vorgeschichte	36
Nachrichtenblätter für die deutsche Bevölkerung	36
„Frontzeitungen für die deutsche Bevölkerung“	38
Die „Tägliche Rundschau“ – von der Frontzeitung zum offiziellen Organ der SMAD	40
3.2 Die Redaktion und ihre Redakteure	43
3.3 Besonderheiten der Berichterstattung	52
3.4 Aufstieg und Niedergang eines Besatzungsorgans	56
4 Die deutsche Lizenzpresse	63
4.1 Parteienzulassung und Presselizenzvergabe	63
4.2 Die Parteipresse	66
Die Zeitungen der KPD	66
Die Presse der SPD	70
Die Presse der SED	72
Die CDU-Presse	75
Die LDPD-Zeitungen	80
4.3 Die überparteiliche Presse	85
Abkehr vom Prinzip	85
Die Sonderrolle der „Berliner Zeitung“	85
Der „Nacht-Expreß“ und die überparteiliche Presse in der SBZ	88

5	Die Kontrolle der deutschen Presse	92
5.1	Die Vorzensur	92
	Zensoren und Zensurvorschriften	92
	Wer wurde zensiert – wer nicht?	95
	Praktizierte Vorzensur	96
	Erwünschte und unerwünschte Presse	103
5.2	Die Nachzensur	104
	Lockerungen	104
	Die Aufhebung der Vorzensur für die Tagespresse	107
	Praktizierte Nachzensur	111
5.3	Papierzuteilung und Postkontrolle	113
5.4	Pressekontrolle durch Nachrichtenkontrolle	116
	Das SNB: Aufbau und Funktionsweise	116
	Auswirkungen des Informationsmonopols	120
	Gründung des „Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes“ (ADN)	124
5.5	Pressekontrolle durch Personalpolitik – das Beispiel „Neue Zeit“	127
5.6	Der Rundfunk unter sowjetischer Kontrolle	137
	Die Anfänge	137
	Die Überwachung des Rundfunks durch die SMAD	139
	Rolle und Funktion deutscher Lenkungsinstanzen	143
5.7	Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung (DVV)	145
6	Schlußbetrachtung	152
7	Quellen und Literatur	156
8	Abkürzungen	175
9	Personenregister	177
10	Sachregister	180

Einleitung

Am Ende des Zweiten Weltkrieges verstummten Deutschlands Presse und Rundfunk. Bis zum Schluß hatten sie im Dienst der nationalsozialistischen Propaganda gestanden. Dies war der entscheidende Grund, weshalb die vier Siegermächte den Deutschen zunächst jede publizistische Betätigung verboten. Die ersten Zeitungen, die im besetzten Deutschland erschienen, waren Organe der Siegermächte. Jedoch schon bald vergaben sie Lizenzen an Deutsche. Während die Westalliierten bevorzugt ein überparteiliches Pressewesen aufbauten, steuerte die sowjetische Besatzungsmacht einen anderen Kurs: Bereits im Juni 1945 wurde den politischen Parteien mit deren Zulassung auch die Herausgabe von Presseerzeugnissen gestattet. Die Medienlandschaft im sowjetischen Besatzungsgebiet entwickelte sich fortan in völlig anderen Bahnen.

Die Aufarbeitung der Pressegeschichte Deutschlands nach 1945 konzentriert sich in Anbetracht der nach wie vor besseren Quellenlage auf die Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen.¹ Die Medien des sowjetischen Besatzungsgebietes fanden in der Forschung bisher nur geringe Resonanz. Nach wie vor stammen die ergiebigsten Untersuchungen von Wissenschaftlern beziehungsweise Journalisten, die den Aufbau des Pressewesens im Osten Deutschlands entweder selbst mitgestaltet oder als Zeitzeugen unmittelbar miterlebt haben.² Die Pressegeschichtsforschung in der Bundesrepublik begann sich erst in den achtziger Jahren in verstärktem Umfang mit der Medienentwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) beziehungsweise in der DDR auseinanderzusetzen.³ Erneuten Auftrieb erhielt sie nach den politischen Umbrüchen 1989/90. Inzwischen liegen auch aus den USA erste detaillierte Untersuchungen vor.⁴

-
- 1 Aus der Vielzahl an Publikationen sind besonders zu erwähnen: Hurwitz, *Stunde Null*; Koszyk, *Pressepolitik*; Fischer, *Reeducations- und Pressepolitik unter britischem Besatzungsstatus*; Ders., *Parteien und Presse in Deutschland seit 1945*; Schölzel, *Die Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949*.
 - 2 Siehe zum Beispiel: Herrmann, *Die Presse in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*; Leithäuser, *Journalisten*; de Mendelssohn, *Zeitungsstadt*.
 - 3 *Publizistik und Journalismus in der DDR*. Siehe auch Geserick, *40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR*; Koszyk, *Pressepolitik*, S. 325–354. *Grundlegend zur Pressegeschichtsforschung vor 1989*; Baerns, *Deutsch-deutsche Gedächtnislücken*, S. 75f.
 - 4 Pike, *The Politics of Culture*. In dieser umfangreichen Kulturgeschichte der SBZ geht Pike allerdings auf die Pressezensur nur am Rande ein. Siehe auch: Pike, *Cultural Politics in Soviet Occupied Germany 1945–46*, S. 91–123; Naimark, *Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die Frage des Stalinismus*, S. 293–307.

In der DDR fristete die Erforschung der eigenen Pressegeschichte dagegen seit jeher ein stiefmütterliches Dasein. Zwar setzte die Aufarbeitung schon in den fünfziger Jahren ein, diente jedoch in erster Linie der politischen Ausrichtung des journalistischen Nachwuchses. Dementsprechend sind, von verstreut veröffentlichten Erinnerungsaufsätzen abgesehen, nur wenige bemerkenswerte Arbeiten zu diesem Themenkomplex erschienen.⁵ Hinzu kam, daß Mitte der sechziger Jahre die Pressegeschichtsforschung in der DDR zugunsten einer stärker praxisorientierten Journalistenausbildung zurückgestellt wurde. Erst zehn Jahre später, anläßlich der Feierlichkeiten zum dreißigsten Jahrestag des Kriegsendes, fand sie wieder stärkere Beachtung.⁶ In den achtziger Jahren waren schließlich Ansätze einer systematischen Aufarbeitung zu erkennen. Es erschien jedoch nur eine Gesamtdarstellung, deren Untersuchungszeitraum 1961 endet.⁷

Die Pressegeschichtsforschung litt wie die gesamte Zeitgeschichtsforschung in Ost und West unter der äußerst schwierigen Quellenlage. Während der Zugang zu internen Quellen es schon seit langem gestattete, die Besatzungspolitik der Westmächte intensiv bis in Details hinein zu untersuchen, blieb die Forschung hinsichtlich der sowjetischen Deutschlandpolitik lange Zeit auf Vermutungen angewiesen. Ungeachtet dessen ist im Westen Deutschlands die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht schon frühzeitig thematisiert worden. Viele der Publikationen westlichen Ursprungs sind jedoch unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse des Kalten Krieges entstanden und trugen nicht selten zur ideologischen Mobilisierung in diesem Konflikt bei.⁸ Je länger die deutsche Spaltung andauerte, desto geringer wurde das Interesse an der sowjetischen Deutschlandpolitik. Die Forschung sah sie in erster Linie als Teil des globalen Ost-West-Konfliktes, um dessen Ursachen sie sich jahrzehntelang stritt. Die zahlreichen westlichen Gesamtdarstellungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte gehen in der Regel auf die sowjetische Besatzungspolitik nur kurz ein. Sie konzentrieren sich zumeist darauf, die Hauptlinien sowjetischer Deutschlandpolitik zu interpretieren und mögliche politische Alternativen herauszuarbeiten, wie dies Hans-Peter Schwarz 1967 wegweisend tat.⁹ Erst seit Beginn der achtziger Jahre stößt die sowjetische Deutschland- und Besatzungspolitik wieder auf größeres Interesse. Dabei fand auch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) in ihrer Struktur und Funktionsweise Berücksichtigung. Es erschienen die ersten Arbeiten, die sich intensiv mit diesem Thema auseinandersetzten.¹⁰

5 Siehe z. B.: *Journalistisches Handbuch der DDR*; Raue, *Im Dienste*.

6 Siehe zum Beispiel: Davidovic, *Zur Rolle der fortschrittlichen deutschen Presse im Kampf für einen deutschen demokratischen und fortschrittlichen Staat (1945–1949)*, S. 179–185; Lachemeyer, *Die „Tägliche Rundschau“ als Spiegel und Förderer der demokratischen deutschen Presse*, S. 197–201.

7 Raue, *Geschichte*.

8 Siehe z. B.: Meissner, *Rußland*; Duhnke, *Stalinismus in Deutschland*.

9 Schwarz, *Vom Reich*, S. 217–260. Ähnlich auch: Buttlar, *Ziele und Zielkonflikte*.

10 Weber, *Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und das Parteiensystem in der SBZ/DDR*, S. 1064–1079; ders., *Zum Transformationsprozeß des Parteiensystems in der SBZ/DDR*, S. 11–50; Staritz, *Die Gründung der DDR*, S. 43–48; McCauley, *Deutsche Politik unter sowjetischer Besatzung*, S. 291–313; Sanford, *From Hitler to Ulbricht*; Ra'anan, *International Policy Formation*; Hahn, *Postwar Soviet Politics*; Kreuzberger, *Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949*; Foitzik, *SMAD*, S. 9–69; ders., *Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland*, S. 43–51; Strunk, *Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und ihr politischer Kontrollapparat*, S. 143–176.

In der UdSSR und in der DDR wurde die Vergangenheit wie ein Staatsgeheimnis gehütet. Dem entsprechend erschwerten grundsätzliche Bedenken politischer Natur den Historikern die intensive Auseinandersetzung mit der sowjetischen Politik in Deutschland. Wie sich später herausstellte, war ihnen der Zugang zu den einschlägigen Archivbeständen in der UdSSR versperrt.¹¹ So lagen aus der Sowjetunion nur wenige, überdies äußerst allgemein gehaltene Veröffentlichungen vor.¹² In der DDR entstanden eine Reihe von Arbeiten mit dem Anspruch, die Politik der SMAD zu untersuchen. Sie lieferten aber nur wenige Informationen über den Aufbau und die Arbeitsweise der Militärverwaltung. Dies traf vor allem für ältere Veröffentlichungen zu, die sich mit der sowjetischen Besatzungspolitik ausdrücklich identifizierten.¹³ Erstaunlicherweise wurde jedoch ausgerechnet von DDR- und UdSSR-Historikern der geringe Kenntnisstand über die sowjetische Besatzungsverwaltung öffentlich beklagt.¹⁴

Die Umbrüche 1989 und 1990 konfrontierten die Zeitgeschichtsforschung mit einer völlig veränderten Situation. Erfreulicherweise bedeutete das Ende der DDR nicht das Ende der DDR-Forschung, die sich weiter zu Wort meldet – mit neuen Kenntnissen und neuen Erkenntnissen.¹⁵ Gegenwärtig befassen sich zahlreiche nach 1989 teilweise neu entstandene Forschungseinrichtungen auch mit der Tätigkeit der SMAD.¹⁶ Inzwischen liegen deren erste Arbeitsergebnisse vor. Sie runden das Bild der SMAD ab, rücken es jedoch nicht grundsätzlich in ein neues Licht.¹⁷ Zwar wird eine abschließende Beurteilung der sowjetischen Besatzungspolitik (und damit auch der Medienkontrolle und Propaganda) ohne Auswertung interner sowjetischer Akten nicht möglich sein, die Hoffnung auf eine Öffnung aller einschlägiger Archive wurde bisher jedoch enttäuscht. Zunächst hatte der russische Präsident Boris Jelzin die Sperre der SMAD-Aktenbestände bis zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland im August 1994 verfügt.¹⁸ Jedoch auch seit Ablauf dieser Frist bleibt der Zugang zu internen sowjetischen Quellen immer noch erschwert und mit zahlreichen Unwägbarkeiten verbunden.¹⁹ Jedenfalls wird in naher Zukunft die Literatur über die Archivsituation in Rußland mindestens ebenso aufmerksame Leser finden wie

11 Badstübner, *Wie war es?* S. 18.

12 Siehe zum Beispiel Drabkin, *Zur Tätigkeit*, S. 177. Eine detaillierte Schilderung über die Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der SMAD ist enthalten in: Bokow, *Frühjahr des Sieges*, S. 377 ff. Des weiteren enthalten Informationen über die SMAD: Weiß, *Am Morgen*; Doernberg, *Befreiung*.

13 Kölm, *Die Befehle des Obersten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945–1949*; Lohse, *Die Politik der Sowjetischen Militäradministration. Zur Untersuchung des Aufbaus der SMAD* siehe auch: *Die Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates*, S. 31–41; Benser, *Die KPD im Jahre der Befreiung*; Doernberg, *Die Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht beim Aufbau eines neuen Deutschland*, S. 94–114; ders., *Die Tätigkeit der Sowjetischen Militärverwaltung*, S. 37–55.

14 Doernberg, *Die Tätigkeit*, S. 37; Drabkin, *Zur Tätigkeit*, S. 177; Badstübner, *Zur Tätigkeit des Alliierten Kontrollrats in Deutschland 1945 bis 1948*, S. 581.

15 Spittmann, *Das zweite Leben der DDR-Forschung*, S. 459f.

16 Einen Überblick bietet: Stephan, *Die DDR im Zentrum zeitgeschichtlicher Forschungen*, S. 750f.

17 Siehe z. B.: Lauffer, *Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung der SBZ*, S. 27–55; Bonwetsch/ Bordjugov/ Naimark (Hrsg.): *Politiceskaja dejatel'nost Sovestkoj Vennoj Administracii v Germanii*. Siehe auch: Bonwetsch/ Bordjugov, *Stalin und die SBZ*, S. 280.

18 Hierzu: Weber, *Die aktuelle Situation in den Archiven für die Erforschung der DDR-Geschichte*, S. 697.

19 Zur Archivsituation: Weber, *ebd.*; Creuzberger/ Veltmeijer, *Forschungsarbeit in Moskauer Archiven*, S. 271–279; Wehner, *Archivreform bei leeren Kassen*, S. 104–124; ders., *Geheime Verschlusssache*.

die Ergebnisse der Auswertung selbst. Ungeachtet dessen hält die Flut von Publikationen an, die auf der Grundlage der Auswertung sowjetischen Aktenmaterials korrigierend in die bisherigen Interpretationsmuster der Zeitgeschichtsforschung einzugreifen versucht. Allerdings läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt feststellen, daß „die archivalischen Quellen in Rußland und in der ehemaligen DDR in den wichtigen Grundlinien die bisherigen, auf Überlieferungen aus zweiter Hand basierenden und auf der Grundlage westlicher Archivquellen entstandenen Untersuchungen [bestätigen]“.²⁰

Auch wenn viele der bisherigen Aussagen über die sowjetische Deutschland- und Besatzungspolitik kaum mehr als „indiziengestützte Plausibilitätsschlüsse [waren], die unter Irrtumsvorbehalt“²¹ standen, mußte die Beschäftigung mit diesem Thema keineswegs auf das Niveau der Spekulation sinken, im Gegenteil: Aufgrund der problematischen Quellenlage sah sich die Forschung zu einer besonders intensiven und sorgfältigen Auswertung der vorhandenen Quellen veranlaßt, so daß ihre Ergebnisse auch heute noch bestehen können. Der Zugang zu internen sowjetischen Quellen ist keine unabdingbare Voraussetzung für Analysen zur Deutschland- und Besatzungspolitik der UdSSR. Einer solchen Feststellung liegt die Erkenntnis zugrunde, daß sich anhand des veröffentlichten Quellenmaterials schon vor 1989 ein verhältnismäßig geschlossenes Bild von Aufbau, Struktur und Funktionsweise der SMAD sowie von ihrer Politik gewinnen ließ. Zu den veröffentlichten Quellen zählen neben vereinzelt internen Akten der Militärverwaltung²² vor allem die SMAD-Befehle und -Anordnungen.²³ Hinweise zur Tätigkeit der sowjetischen Militärverwaltung finden sich außerdem in Quelleneditionen zur alliierten Besatzung Deutschlands.²⁴ Wichtige und häufig vernachlässigte Informationslieferanten sind zudem die Presse und andere Periodika aus Zeiten der SBZ beziehungsweise der DDR. Beispielsweise ist das SMAD-Organ „Tägliche Rundschau“ in seiner Bedeutung als Instrument sowjetischer Besatzungspolitik wegen ihres vermeintlich geringen Informationswertes und fehlender Kenntnisse über ihren pressegeschichtlichen Hintergrund im Westen bisher kaum wahrgenommen worden. In der DDR wurde die Bedeutung der Zeitung zwar anerkannt²⁵, das Interesse an einer systematischen Auswertung blieb aber gering. Dementsprechend beschäftigten sich bisher nur wenige Autoren mit dieser zeitweilig auflagenstärksten Zeitung Deutschlands.²⁶ Neben der zeitgenössischen Tagespresse gilt dies in besonderem Maße für Fachzeitschriften, in denen sich nicht selten ehemalige Besatzungsoffiziere über ihre Tätigkeit in Deutschland äußerten.²⁷ Die autobiographi-

20 Naimark, *Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die Frage des Stalinismus*, S. 299.

21 Bonwetsch, *Deutschlandpolitische Alternativen der Sowjetunion*, S. 320–340, insbes. S. 326.

22 Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland; *Geschichte des Staates und des Rechts; Dokumente der sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945–1949*.

23 Hierzu ausführlich: Foitzik, *Befehls- und Kommunikationsstruktur der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)*, S. 324–351; ders., *Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland*, S. 43–51; *Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949*.

24 Berlin. *Quellen und Dokumente 1945–1951*. Siehe auch: DDR. *Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985*.

25 Barthel, *Die sozialistische Tagespresse als Quelle für die Darstellung der Geschichte unserer Republik*, S. 879.

26 Reinhardt, *Zeitungen und Zeiten*; Raue, *Im Dienste*, S. 11–15; ders., *Geschichte*, S. 8. Siehe auch: Frei, *Presse-, Medien-, Kommunikationsgeschichte*, S. 101–114.

sche Literatur, die Aussagen zur SMAD enthält, umfaßt einen umfangreichen Bestand an Memoiren von Zeitzeugen.²⁸ Dasselbe gilt für die zahlreichen Erinnerungsfragmente ehemaliger SMAD-Angehöriger und SBZ-Politiker. Hierbei handelt es sich häufig um „eine Synthese von Erinnerungen und wissenschaftlicher Monographie“²⁹, die oft unbeachtet blieb und deren Quellenwert unterschätzt wurde. An unveröffentlichten Quellen stehen neben Nachlässen von Politikern aus der SBZ die Aktenbestände der westlichen Militärregierungen in Deutschland, vor allem die des Office of Military Government for Germany, United States (OMGUS), zur Verfügung, das die SMAD intensiv beobachtete. Detaillierte Einblicke in die Tätigkeit sowjetischer Besatzungsbehörden vor allem auf dem Gebiet der Medienkontrolle bieten schließlich aber auch manche Bestände westdeutscher Archive.

Die vorliegende Untersuchung, die auf einer 1989 vorgelegten Dissertation aufbaut³⁰, befaßt sich mit den institutionellen Grundlagen und der Praxis sowjetischer Medienkontrollpolitik in Deutschland. Dieses Kapitel sowjetischer Besatzungsherrschaft war bisher noch nicht Gegenstand einer systematischen Aufarbeitung. Voraussetzung dafür ist eine Aufarbeitung der Strukturen des politischen Kontrollapparates der SMAD, vor allem der Verwaltung für Propaganda, ihre Propaganda- und Medienkontrollinstrumente. Ziel ist es, Einblicke in ein weitgehend unbeachtetes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte zu vermitteln und damit eine Grundlage für weitere Forschungen zu schaffen.

27 Siehe etwa: Neue Deutsche Presse, Zeitschrift für Presse, Funk und Fernsehen, hrsg. vom Verband der Journalisten der DDR; Beiträge zur Geschichte des Rundfunks.

28 Allen voran: Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 184. Siehe auch: Lemmer, Manches war doch anders; Gradl, Anfang; Leonhard, Die Revolution; Wie kam es zur Bundesrepublik? Der einzige im Westen erschienene Memoirenband eines SMAD-Offiziers stammt vom ehemaligen Leiter der Abteilung Handel und Beschaffung der Berliner Stadtkommandantur, Major Grigorij Klimow: Klimow, Berliner Kreml. Berichte geflohener Mitarbeiter verschiedener SMAD-Abteilungen sind zusammengefaßt in: Soviet Economic Policy in Postwar Germany.

29 So der Klappentext zu: Tulpanow, Deutschland. Siehe auch: Ackermann: Von der Geburt der neuen Staatsmacht, S. 665–679; ders., Der Weg zur Einheit, S. 65–68; Befreiung und Neubeginn; S. 65–86; ... einer neuen Zeit Beginn, S. 353–361.

30 Strunk, Pressekontrolle und Propagandapolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD).

1 Frontpropaganda und Kaderschulung

Die Traditionslinien sowjetischer Propaganda- beziehungsweise Kontrollpolitik führen in die Zeit vor dem deutschen Angriff auf die UdSSR zurück. Ein Großteil der leitenden Politoffiziere hatte ihr Handwerk in der „Hauptverwaltung für Politische Propaganda“ der Roten Armee (PURKKA) gelernt. Bereits im Frühjahr 1940 war dort ein Apparat geschaffen worden, der sich mit propagandistischer Arbeit gegenüber einem künftigen Kriegsgegner befaßte. Es handelte sich dabei um die sogenannten 7. Abteilungen in den Politverwaltungen der Roten Armee. Felddienstvorschriften zur Propagandaschulung wurden herausgegeben, ein Informationsdienst „Ausland und ausländische Armeen“ eingerichtet und Redaktionen für fremdsprachige Zeitungen aufgebaut. Dem Eingeständnis General Burzew, Leiter aller 7. Abteilungen, zufolge kam die Arbeit „nur schleppend in Gang“.¹

Nach dem überraschenden deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 21. Juni 1941 geriet die Rote Armee rasch in große Bedrängnis. Dennoch (oder gerade deswegen) wurde am 25. Juli 1941 ein Büro für militärpolitische Propaganda eingerichtet, dem man die 7. Abteilungen als „Arbeitsorgan“ unterstellte.² Vom Regiment an aufwärts erhielten sämtliche Einheiten der Roten Armee 7. Abteilungen zugeordnet. Aus den Reihen ihrer Angehörigen kamen nach 1945 ein großer Teil der Mitarbeiter der Informationsverwaltung der SMAD.³ Eine der Schlüsselfiguren im Büro für militärpolitische Propaganda war der Kominternfunktionär Dimitri Manuilski, den man zur Aufsicht der sowjetischen Frontpropaganda in die Politische Hauptverwaltung abkommandiert hatte.⁴ Auch nach 1945, als die Politische Hauptverwaltung die Aufsicht über zahlreiche Verwaltungen der SMAD übernahm, machte er dort seinen Einfluß geltend.⁵

1 Bis Sommer 1940 hieß sie „Politische Hauptverwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee“ (PURKKA = Politscheskoje Uprawlenije Rabotschej-Kresjanskoj Armij). Hierzu: Burzew, Einsichten, S. 26f.

2 Ebd., S. 35f. Zum den Aufgaben der 7. Abteilungen siehe auch: Bokow, Frühjahr des Sieges, S. 429f.; Schröder, Zur sowjetischen Flugblattpropaganda unter den Deutschen, S. 141f.; Schewtschenko, Die Flugblattpropaganda der Roten Armee, S. 313–323; Heitzer, Die Befreiung durch die Sowjetunion, S. 718.

3 Tulpanow, Der ideologische Kampf gegen den Faschismus, S. 174–199; ders., Deutschland, S. 42; Patent, SMAD unterstützt den Aufbau des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945–1949, (SAPMO/ZPA), EA 1843, Blatt 3; Doernberg, Die Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht, S. 104f.

4 Burzew, Einsichten, S. 101.

Die Aktivitäten der 7. Abteilungen beschränkten sich zunächst auf die Verbreitung von Flugblättern, auf Rundfunk- und Lautsprecherpropaganda. Jedoch schon 1941 stellten deutsch sprechende Politoffiziere eine „Front-Illustrierte“ zusammen, die über den deutschen Linien abgeworfen wurde. In den Jahren 1941 und 1942 gaben sie außerdem eine Zeitung unter dem Titel „Nachrichten“ heraus, die zwei- bis dreimal wöchentlich erschien.⁶ Im November 1941 fiel schließlich der Entschluß zur Herausgabe mehrerer Zeitungen für die deutschen Kriegsgefangenen, darunter „Das freie Wort“. Chefredakteur war der Sohn des Vorsitzenden der Exil-KPD und Offizier der Roten Armee, Arthur Pieck. In der Redaktion arbeiteten neben sowjetischen Politoffizieren und deutschen Emigranten auch einige Kriegsgefangene mit, so zum Beispiel der spätere Chefredakteur der kulturpolitischen Wochenzeitschrift in der DDR, „Sonntag“, Bernt von Kügelgen, sowie Günter Kertzsch, von 1949 bis 1955 Chefredakteur der „Berliner Zeitung“.⁷

Trotz aller Anstrengungen blieb die sowjetische Propaganda zunächst erfolglos. Dies änderte sich erst nach der Schlacht um Stalingrad, mit der Ende 1942/Anfang 1943 eine militärische Wende im Zweiten Weltkrieg eingeleitet wurde. Viele der überlebenden Wehrmachtssoldaten zeigten ernste Zweifel an der nationalsozialistischen Kriegsführung. Die Hauptverwaltung der 7. Abteilungen wandte sich nun verstärkt der Arbeit unter den Kriegsgefangenen zu. Mit Einrichtung einer Antifaschule im Lager Oranki (später Krasnogorsk) begann deren systematische politische Umschulung. Im Juli 1943 erfolgte auf sowjetische Initiative die Gründung des „Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘“ (NKFD). „Das freie Wort“ stellte sein Erscheinen ein, an seine Stelle trat als NKFD-Organ das „Freie Deutschland“. Chefredakteur wurde Rudolf Herrnstadt. Er hatte vor dem Krieg als Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ und als sowjetischer Agent in Warschau gearbeitet, 1936 emigrierte er in die Sowjetunion und gehörte 1943 zu den Mitbegründern des Nationalkomitees. Bei Kriegsende kehrte er nach Deutschland zurück und übernahm im Juli 1945 die Leitung der „Berliner Zeitung“.⁸

Die sowjetische Führung maß sowohl dem NKFD als auch dem im September 1943 gegründeten „Bund deutscher Offiziere“ (BDO) einige Bedeutung bei.⁹ Sie knüpfte an diese beiden Vereinigungen deutscher Soldaten, die sich von Hitler losgesagt hatten, vor allem einen Beitrag zum Sturz des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland. In ihrer Frontpropaganda konzentrierten sich das Nationalkomitee und die sowjetischen Politverwaltungen auf Appelle an die deutschen Soldaten zur Einstellung der Kampfhandlungen und zum Rückzug auf die Reichsgrenzen. Unter den Kriegsgefangenen, die sich dem NKFD angeschlossen hatten, rekrutierte man „Frontbevollmächtigte“ und kommandierte sie zur Unterstützung der 7. Abteilungen ab.¹⁰ Ihre Einsätze

5 Beispielsweise holte sich Sergej Tulpanow nach seiner Berufung zum Leiter der SMAD-Propagandaverwaltung in Moskau von Manuilski Instruktionen: Tulpanow, Deutschland, S. 58; ders., Gedanken zum Vereinigungsparteitag der SED, S. 623.

6 Burzew, Einsichten, S. 57, S. 124.

7 Ebd., S. 64, Raue, Im Dienste, S. 76. Siehe auch: Kügelgen, Die Nacht der Entscheidung, S. 364f. Zu Kertzsch: Buch, Namen und Daten, S. 150; Kegel, Viel Schrott und was daraus wurde, S. 18.

8 Leonhard, Die Revolution, S. 253–259; Petrick, „Freies Deutschland“, S. 56–61; Selesnjow, Zur Geschichte der Zeitung „Das freie Wort“, S. 951–966. Zu Herrnstadt: Müller-Enbergs, Der Fall Rudolf Herrnstadt, S. 50–55.

9 Hierzu: Nach Hitler kommen wir, S. 67.

10 Einsiedel, Tagebuch, S. 101–104; Kügelgen, Nacht der Entscheidung, S. 402 ff.; Kehler, Frontbevollmächtigter des NKFD, S. 218–222.

stießen jedoch auf keine nennenswerte Resonanz. Der Einbruch in die Kampfmoral der Wehrmacht mißlang.¹¹ Zur Jahreswende 1943/1944 verloren das NKFD und der „Bund deutscher Offiziere“ wieder an Bedeutung. Grund dafür waren auch die verbesserten Beziehungen der Sowjetunion zu ihren westlichen Kriegsverbündeten nach Abschluß der Konferenz von Teheran. In der Sowjetunion rechnete man nun nicht mehr mit einem baldigen Sturz Hitlers und setzte daher auf einen militärischen Sieg. Zwar wurden auch weiterhin deutsche Kriegsgefangene zur Frontagitation eingesetzt, ihre Tätigkeit erschöpfte sich aber in Appellen an die deutschen Soldaten zur Einstellung der Kampfhandlungen und zum Übertritt auf die Seite des „Nationalkomitees“.¹²

Anfang Februar 1944 begann die Führung der deutschen Kommunisten im Exil mit ihren Planungen für die Nachkriegszeit. Eine „Arbeitskommission des Zentralkomitees der KPD für politische Probleme“ wurde eingerichtet, deren 20 Mitglieder sich mit den Grundfragen der Nachkriegsgestaltung Deutschlands befaßten.¹³ Mittelsmann zu den sowjetischen Kommunisten war Georgi Dimitroff, bis 1943 Generalsekretär des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Nach deren Auflösung übernahm er die Leitung der Auslandsabteilung („Abteilung für internationale Information“) beim ZK der KPdSU.

Im Oktober 1944 legte die Exil-KPD ihr „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie“ vor. Nach wie vor klammerten sich die deutschen Kommunisten hartnäckig an die Hoffnung auf einen revolutionären Umsturz in ihrer Heimat. Anstelle von Parteineugründungen sollten zunächst alle antifaschistischen Kräfte in einem politischen Sammelbecken, dem „Block der kämpferischen Demokratie“, zusammengefaßt werden.¹⁴ Zwar maß die KPD-Führung sowohl der Presse als auch dem Rundfunk große Bedeutung für ihre zukünftige politisch-ideologische Arbeit bei, beließ es im Aktionsprogramm vom Oktober 1944 aber nur bei vagen Formulierungen zur Pressearbeit. Erst Anfang 1945 lagen detaillierte Pläne für den Einsatz der Massenmedien vor. Zum Beispiel hatte der spätere Präsident des „Kulturbundes der demokratischen Erneuerung Deutschlands“, Heinz Willmann, am 11. Februar 1945 eine Reihe von „Sofortmaßnahmen auf dem Gebiete der ideologischen Aufklärung“ ausgearbeitet, in denen auch die Herausgabe einer Zeitung vorgesehen war.¹⁵ Auch Rudolf Herrstadt befaßte sich im Moskauer Exil mit Presseplanungen und legte am 15. Februar 1945 den Entwurf einer Tageszeitung vor.¹⁶ Ein Maßnahmenplan für die Arbeit in den besetzten Gebieten vom 18. Februar 1945 beinhaltete schließlich die Herausgabe einer „antifaschistisch-demokratischen Zeitung“. Wenig später lagen die ersten Vorschläge zur Besetzung der Redaktion vor.¹⁷ Anfang 1945 begann die Führung der

11 Dieser Tatbestand wurde später auch in der DDR und in der UdSSR eingestanden: Kehler, ebd.; Tulpanow, *Der ideologische Kampf gegen den Faschismus*, S. 176.

12 So ein Beschluß des NKFD vom 5.1.1944: Leonhard, *Die Revolution*, S. 263f.; Eildermann, *Tagebuchnotizen aus einer antifaschistischen Frontschule der Sowjetarmee*, S. 694.

13 „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945, S. 26.

14 SAPMO/ZPA, NL 109/5, Ackermann, Blatt 10. Siehe auch: Ackermann, *Von der Geburt der neuen Staatsmacht*, S. 665f.; Schöneburg/Urban, *Das Entstehen der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht*, S. 701f.; Laschitzka, *Kämpferische Demokratie*, S. 98–104. Zum Inhalt des Aktionsprogramms: Ders., *Über den Inhalt des Programms eines Blocks der kämpferischen Demokratie*, S. 1041; ders., *Zwei Dokumente der KPD aus den Jahren 1944 und 1945 für das neue, demokratische Deutschland*, S. 258–268, hier S. 263.

15 Willmann, *Sofortmaßnahmen auf dem Gebiete der ideologischen Aufklärung*, S. 226.

16 Laschitzka, *Kämpferische Demokratie*, S. 137, S. 167.

Exil-KPD einen Kreis ausgewählter Emigranten in Schulungskursen auf ihre Aufgaben im besetzten Deutschland vorzubereiten.¹⁸ Den vorläufigen Abschluß der Planungen markierten die vom Politbüro der KPD am 5. April 1945 beschlossenen „Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten Gebiet“.¹⁹ Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Walter Ulbricht, Sekretär des Politbüros der Exil-KPD, hatte sie ausgearbeitet. Darin war unter anderem die Herausgabe einer „Deutschen Volkszeitung“ vorgesehen. Als Organ der Stadt- und Ortsverwaltungen sollte das Blatt zur Einstellung der Kampfhandlungen aufrufen und an die Bevölkerung in den okkupierten Gebieten appellieren, das öffentliche Leben wieder in Gang zu setzen und mit dem Wiederaufbau zu beginnen. Es war vorgesehen, die Zeitung zunächst in größeren Städten wie Dresden oder Cottbus dreimal wöchentlich und später täglich mit jeweils vier bis sechs Seiten Umfang drucken zu lassen. Schließlich rechnete die KPD auch damit, in den besetzten Gebieten mobile Sendestationen der Roten Armee einsetzen zu können.²⁰

Die Richtlinien der KPD vom 5. April 1945 trugen einer wesentlich veränderten politischen Situation Rechnung. Am Schluß des Zweiten Weltkrieges mußten die deutschen Kommunisten von ihren bisherigen Planungen Abstand nehmen und ihre politische Arbeit ganz in den Dienst militärischer Anforderungen stellen. Je weiter die Rote Armee vorrückte, desto schärfer wurde der deutsche Widerstand. Hinzu kam, daß sich auf sowjetischer Seite der in Jahren aufgestaute Haß rücksichtslos an der deutschen Zivilbevölkerung entlud. Die grausamen Exzesse, die den Vormarsch der Roten Armee begleiteten, machten aber nahezu alle Aussichten auf einen wirkungsvollen Einsatz der Frontpropaganda zunichte.²¹ Es sollte noch bis Mitte April dauern, ehe das für Propagandafragen zuständige Politbüromitglied der KPdSU, Alexandrow, mit einem „Prawda“-Artikel („Genosse Ehrenburg vereinfacht“) einen Kurswechsel einleitete.²² Die neuen politischen Richtlinien konnten von den Befehlshabern aber nur mit Mühe durchgesetzt werden.²³

Die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Propagandapolitik waren in der Schlußphase des Krieges für die deutschen Kommunisten nicht günstig. Als Ende April/ Anfang Mai 1945 drei „Initiativgruppen“ des KPD-Zentralkomitees unter Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka nach Deutschland flogen, fanden sie dort eine Bevölkerung vor, die der sowjetischen Siegermacht gegenüber in schroffer Ablehnung, in Verzweiflung oder Lethargie verharrte.

17 KPD-Maßnahmeplan für die Arbeit in besetzten Gebieten, „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945, S. 209. Zur programmatischen Arbeit der Moskauer KPD-Führung 1941–1945: Nach Hitler kommen wir, S. 119.

18 Winter, An der Seite Wilhelm Piecks, S. 273f. Siehe auch: Koszyk, Pressepolitik für Deutsche, S. 327; Benser, Die KPD im Jahre der Befreiung, S. 16–24.

19 Vollständiger Abdruck in: Nach Hitler kommen wir, S. 380–386. Zur Ausarbeitung der Richtlinien siehe auch: Fiedler/ Nitzsche/ Rothe, Der Weg zur Einheit, S. 128.

20 Willmann, Sofortmaßnahmen auf dem Gebiete der ideologischen Aufklärung, S. 226.

21 Siehe hierzu u.a. die Darstellung des ehemaligen Frontpolitoffiziers der Roten Armee: Kopelew, Aufbewahren für alle Zeit! S. 91 ff. Siehe auch: Einsiedel, Tagebuch, S. 175–179; Drabkin, Zur Tätigkeit, S. 177–180; Belezki, Die Unterstützung und Hilfe der Sowjetarmee, S. 165; Brühl, Zur Befreiungsmision der Sowjetstreitkräfte, S. 69.

22 Alexandrow, Genosse Ehrenburg vereinfacht, TR, 16.5.1945.

23 Hierzu ausführlich: Keiderling, Als Befreier unsere Herzen zerbrechen, S. 234–243. Bemerkenswert auch die aufschlußreichen östlichen Darstellungen von: Badstübner, Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung im Spannungsfeld in und um Deutschland, S. 13, Anmerkung 29; Drabkin, Zur Tätigkeit, S. 179.

Die kommunistischen Emigranten und NKFD-Angehörigen fanden kaum Gelegenheit, ihre detaillierten Pläne in die Tat umzusetzen. Die sowjetische Seite hatte sie kurzerhand der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee als Hilfsorgan unterstellt.²⁴ Aber noch immer hofften die deutschen Genossen, die Herausgabe einer überparteilichen Zeitung verwirklichen zu können. Am 20. Mai 1945 legte Walter Ulbricht in einem Telegramm an Georgi Dimitroff erneut einen entsprechenden Plan vor. Danach sollte bei der Abteilung Volksbildung des Berliner Magistrats eine „Berliner Volkszeitung“ (Untertitel: „Die Tageszeitung des schaffenden Deutschen“) herausgegeben werden. Für das Blatt waren ein Umfang von vier Seiten und eine Auflage von 100 000 Exemplaren bei sechsmaligem Erscheinen pro Woche vorgesehen. Das Verbreitungsgebiet sollte sich auch auf die Provinz Brandenburg erstrecken. Darüber hinaus schlug Ulbricht vor, die Druckplatten nach Stettin und Dresden zu schicken, um dort unter anderem regionale Ausgaben für Sachsen und Schlesien zu drucken. Ulbricht kalkulierte vier Tage zur Vorbereitung einer ersten Ausgabe, für deren Gestaltung er Dimitroff ebenfalls konkrete Vorschläge unterbreitete.²⁵ Die „Berliner Volkszeitung“ erschien jedoch nicht, wie es im Mai 1945 überhaupt keine in deutschem Namen erscheinende Zeitung gab. Mitgliedern der „Gruppe Ulbricht“ war es lediglich möglich, den Rundfunk zu reaktivieren: Am 13. Mai 1945 hatten Hans Mahle, der Schriftsteller Fritz Erpenbeck sowie die NKFD-Angehörigen Matthäus Klein und Arthur Mannbar den „Berliner Rundfunk“ in Betrieb genommen. Die „Deutsche Volkszeitung“ erschien hingegen in der vorgesehenen Form nicht. Erst einen Monat später, am 13. Juni 1945, kam ein gleichnamiges Blatt als Organ der am 11. Juni 1945 wiedergegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) heraus.

Die sowjetischen Politoffiziere, die Pressearbeit für die deutsche Bevölkerung zu betreiben hatten, waren anders als ihre britischen und amerikanischen Kollegen nicht auf die Bewältigung des Besatzungsalltags vorbereitet.²⁶ Erst 1944, als sowjetische Truppen bereits in Polen und Rumänien vordrangen, beorderte die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee einen ausgewählten Kreis von 25 Politoffizieren nach Moskau, unter ihnen auch Oberst Sergej Tulpanow, der später im besetzten Deutschland eine herausragende Rolle spielen sollte. In seinen Erinnerungen notiert er, daß ihm in Moskau von Dimitri Manuilski, Georgi Dimitroff und dem KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck „Vorstellungen von den künftigen Aufgaben in den besetzten Gebieten“ vermittelt wurden.²⁷ Nach den Worten Tulpanows verfügten die Politoffiziere der Roten Armee jedoch über keine „Theorie der Besatzungsadministration“.²⁸ Die bevorstehende Besetzung von Teilen Deutschlands durch die Rote Armee bereitete daher nicht nur den Politoffizieren an der Front Kopfzerbrechen. Auch in den höheren Rängen des sowjetischen Außenministeriums sah man sich mit der Frage der Organisation besatzungspolitischer Maßnahmen konfrontiert, für die es bis

24 „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945, S. 30, 42. Siehe auch: Nach Hitler kommen wir, S. 116f. Etwas verklärend und beschönigend erinnerten sich zum Beispiel: Ackermann, Von der Geburt der neuen Staatsmacht, S. 674f.; Oelssner, Die Anfänge unserer Parteischulung, S. 154f.; Grünberg, Als Mitglied der Gruppe Sobottka im Einsatz, S. 616–618.

25 Telegramm Walter Ulbrichts an Georgi Dimitroff vom 20. Mai 1945, „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945, S. 359f.

26 Doernberg, Die Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht, S. 104; Heitzer, Die Befreiung durch die Sowjetunion, S. 724.

27 Tulpanow, Deutschland, S. 58.

28 Tulpanow, Die Rolle der SMAD im demokratischen Deutschland, S. 34.

dahin keine Vorbilder gab. Wladimir Semjonow, der mit der Klärung solcher Fragen beauftragt war, ging weit in die Geschichte zurück und versuchte sich aus der napoleonischen Besatzungszeit in Rußland und Deutschland Anregungen zu verschaffen.²⁹ In der Rückschau stellten diese konzeptionellen Probleme für Tulpanow kein Problem dar: „Natürlich gab es keine vollständig vorliegende Konzeption, wie man sich das vielleicht heute vorstellt, das heißt eine Konzeption, die all unsere konkreten Schritte, die Art der Hilfe für die wiederaufzubauenden demokratischen Massenorganisationen und Parteien, die Ziele und Modalitäten der Kontrolle, die eigenen praktischen Vorhaben und vieles andere festgelegt hätte. Auf jeden Fall lag eine solche in schriftlicher Form nicht vor. Ich maße mir nicht an, über all meine Vorgesetzten zu urteilen, glaube aber, daß auch sie nicht über eine geschlossene konzeptionelle Vorstellung verfügten. Erst in der politischen Praxis entstand eine solche Konzeption, nahm dabei immer konkretere Formen (und Formulierungen) an. Das ist völlig legitim. Hätte es jedoch keine theoretischen Grundsätze gegeben, von denen man ausgehen konnte und die danach vom Leben bestätigt wurden, wäre ein einheitliches Handeln aller Organe der SMAD und aller ihrer Mitarbeiter vom Marschall bis zum Kommandanten der kleinen Städte im Range eines Leutnants nicht zustande gekommen“.³⁰ Diese „theoretischen Grundsätze“ konnten sich jedoch nicht in den Prinzipien der marxistisch-leninistischen Ideologie oder in der vielfach beschworenen „internationalistischen Mission“ der Roten Armee erschöpfen.³¹ Die Schaffung neuer gesellschaftlicher Strukturen, wie sie die UdSSR in ihrem Besatzungsgebiet Deutschlands anstrebte, bedeutete, daß die unerfahrenen sowjetischen Besatzungsoffiziere in den ersten Monaten nach ihrer Ankunft in Deutschland viele Fragen „tastend“³² lösen mußten. Zwar waren den meisten Angehörigen der 7. Abteilungen während des Krieges zum Teil die Möglichkeit gegeben, Erfahrungen im Umgang mit Deutschen zu sammeln, aber dennoch blieben für sie die „Besonderheiten der deutschen Lebensweise“ Neuland.³³ Ähnliche Erfahrungen mußten auch die zurückgekehrten deutschen kommunistischen Emigranten machen, die infolge ihrer langen Abwesenheit mit den Verhältnissen in Deutschland nicht mehr vertraut waren. Dies führte häufig dazu, daß sie und die sowjetischen Politoffiziere in ihrer Arbeit überfordert und dementsprechend verunsichert waren.³⁴

29 Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow, S. 157f.

30 Tulpanow, Deutschland, S. 23.

31 Doernberg, Die Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht beim Aufbau eines neuen Deutschland, S. 97

32 Tulpanow, Die Rolle der SMAD im demokratischen Deutschland, S. 45; Doernberg, Die Tätigkeit, S. 104; Drabkin, Zur Tätigkeit, S. 181; Kölm, Befehle, S. 26.

33 Tulpanow, Vertrauen und Zusammenarbeit, S. 515; ders., Erinnerungen an deutsche Freunde und Genossen, S. 100; Hinweis auch in: SAPMO/ZPA, EA 1842, Erinnerungen S. I. Tulpanow, Blatt 15.

34 Drabkin, Zur Tätigkeit, S. 178; Informationen und Argumente so wichtig wie Brot, S. 1f.; Winter, An der Seite Wilhelm Piecks, S. 117. Siehe auch: Oelssner, Die Anfänge unserer Parteischulung, S. 154.

2 Der Apparat

2.1 Befehls- und Hierarchiestrukturen der SMAD

Am 5. Juni 1945 übernahmen die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Einen Tag später bestätigte der „Rat der Volkskommissare“ der UdSSR eine „Anordnung für die Sowjetische Militäradministration über die Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland“.¹ Am 9. Juni wurde die Errichtung der SMAD bekanntgegeben.² In den folgenden Jahren baute die sowjetische Siegermacht einen gewaltigen Besatzungsapparat auf, dem zum Beispiel 1947 rund 40000 Personen angehörten und der im Laufe seiner über vierjährigen Existenz immer wieder umorganisiert wurde.³ Formell unterstand die SMAD dem „Staatlichen Komitee für Verteidigung der UdSSR“ beziehungsweise ab September 1945 dem Rat der Volkskommissare beziehungsweise dem Ministerrat der UdSSR.⁴ Neben der sowjetischen Regierung machten aber auch andere Stellen, wie zum Beispiel die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee, das Außenkommissariat, und einzelne Führungspersonlichkeiten ihren Einfluß geltend.⁵

An der Spitze der SMAD stand der Oberste Chef. Auf diesen Posten wurde zunächst Marschall Georgi K. Shukow berufen. Im April 1946 löste ihn Armeegeneral (später Marschall) Wassili D. Sokolowski ab. Von März bis November 1949 war Armeegeneral Wassili I. Tschuikow Oberster

-
- 1 Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik, 5. Juni 1945, Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland 1945, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 7 ff.; Anordnung für die Sowjetische Militäradministration, Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 51.
 - 2 SMAD-Befehl Nr. 1, 9.6.1945, Die Befehle des Obersten Chefs. Sammelheft 1, S. 9.
 - 3 Synopsis of Special Intelligence Summary No. 37, Hq., Eucom, 20.12.1947, IfZ-Archiv, OMGUS, AGTS/53/3, S. 7. Bokow, Frühjahrs des Sieges, S. 419, nennt 32000 SMAD-Angehörige; Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow, S. 211, spricht von 60000. Beide legen sich auf eine Jahreszahl nicht fest. Siehe auch: Doernberg, Die Tätigkeit, S. 41 ff.; Bokow, Frühjahrs des Sieges, S. 405–411, S. 427f.
 - 4 Tulpanow, Die Rolle der SMAD bei der Demokratisierung Deutschlands, S. 243. In ähnlicher Form fand diese Formulierung auch in der DDR-Staatsrechtslehre Verwendung: Die Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates, S. 32.
 - 5 Bokow, Frühjahrs des Sieges, S. 408 und 427; Abrassimow, 300 Meter vom Brandenburger Tor, S. 83; Drabkin, Zur Tätigkeit, S. 178.